



patient-informiert-sich.de

2. Februar 2009

Offenes Antwortschreiben an das Bundesministerium für Gesundheit!

Sehr geehrte Frau Ministerin Schmidt,
sehr geehrter Herr Ministerialdirektor Tilly,

Auf meinen offenen Brief vom [8.10.2008](#), haben Sie mir am [15. Dezember 2008](#) geantwortet. Ihr Schreiben ist bei mir am 23. Dezember eingegangen.

Zunächst einmal weise ich darauf hin, dass ich persönlich als Autorin und als Initiatorin der Bürgerinitiative „**patient-informiert-sich**“, die Ministerin angeschrieben habe! Es ist daher nicht nachzuvollziehen, weshalb Sie Ihr Antwortschreiben an Paul und Renate Hartwig und an den Direct Verlag (nicht: Direktverlag) adressieren.

Gleichwohl zeigt diese Unzulänglichkeit, dass Sie zu meiner Person zumindest halbwegs recherchiert haben. Und so wissen Sie jetzt, dass mein Ehemann Paul heißt und Inhaber des Direct Verlags ist. Daraus allerdings zu schließen, dass Ihr Antwortschreiben nicht direkt an mich, als Verfasserin des offenen Briefes und Initiatorin der Bürgerinitiative – beides ist in meinem Schreiben leicht erkennbar – zu richten sei, erschließt sich auf den ersten Blick nicht, weil an sich unlogisch und auch unhöflich.

In der näheren Analyse Ihres Antwortschreibens wird das Ziel Ihrer Unzulänglichkeit allerdings durchsichtig.

Es fällt Ihnen schwer zuzugeben, oder besser gesagt, sie wollen es totschweigen, dass es eine funktionierende, bundesweite Bürgerinitiative gegen die von Ihnen zu verantwortende Gesundheitspolitik gibt.

Es mag in Ihrem Haus nicht üblich sein, auf offene Briefe zu antworten, gleichwohl schien es Ihnen, Frau Ministerin, im vorliegenden Falle angeraten zu sein, meinem offenen Brief vom 8. Oktober 2008 etwas entgegen zu setzen.

Wenn ich den Inhalt Ihres Schreibens betrachte, liegt der Zweck weniger darin, mir zu antworten. Vielmehr versuchen Sie schon über die Anrede Harmlosigkeit zu suggerieren und die Erwähnung der Bürgerinitiative „**patient-informiert-sich**“ zu umgehen, um die Brisanz meiner direkten Fragen und Feststellungen herunter zu spielen.

Deshalb sprechen Sie in Ihrem Schreiben auch gezielt von „Interessengruppen“, um Antworten auszuweichen. Ebenso offensichtlich ist, dass der Inhalt Ihres Schreibens weniger für mich, als für Dritte gedacht ist.

Kaiser Permanente ohne jeden Anlass und ohne jeden Zusammenhang mit der Fragestellung in ein solch gewollt positives Licht zu rücken und der gleichzeitige Versuch, mich subtil in die Reihen der „Vertreter von Einzelinteressen“ einzugliedern, die ihr Motiv eben nicht in der Sache als solcher und der Allgemeinheit (hier Patienten und Ärzte) sehen, sondern in bestimmten einzelwirtschaftlichen Interessen, beweist meine Schlussfolgerung, Ihre Antwort dient einem anderen Zweck!

Nur so sind auch die gewollten Missverständnisse und die Ausführungen in Ihrem Schreiben zu erklären.

Es passt nicht in das politische Kalkül des Bundesgesundheitsministeriums, dass Bürger sich einmischen. Schon gar nicht, wenn sie sich informieren. Sie wissen um die breite Front von Bürgerinnen und Bürgern, die die Ziele dieser Gesundheitspolitik erkannt haben und die sich vehement gegen die angestrebte Industrialisierung und Monopolisierung im Gesundheitswesen zu Gunsten großer Konzerne und zu Lasten von uns Patienten wehren.

Nehmen Sie zur Kenntnis, wir wehren uns entschieden gegen die größte Fehlentwicklung aller Zeiten, von Geldern, die von uns Bürgern aufgebracht werden. Wir wehren uns gegen eine vorprogrammierte Unterversorgung im Gesundheitswesen und wir wehren uns gegen die damit verbundene Privatisierung von ungerechtfertigten Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten. Wir wehren uns gegen das Unterlaufen der Regeln der sozialen Marktwirtschaft, zum Schaden der Bürgerpatienten und der Ärzteschaft.

Ich verstehe, unser Einmischen stört! Am besten man schweigt sie tot und hält sie aus der öffentlichen Diskussion heraus, diese Bürgerinitiative und mich als kritische Autorin.

Nur, dies wird Ihnen nichts nützen! Denn als Impulsgeberin konnte ich bis heute 415 Bürgerpatientenstammtische ins Leben rufen. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern haben und werden sich weiter informieren, einmischen und Position beziehen. Werden der gezielten Desinformations- und Polarisations-Politik Ihres Ministeriums entgegen treten.

Nehmen Sie ebenso zur Kenntnis, es ist unser verbrieftes Recht korrekt informiert zu werden. Einmischen ist Bürgerpflicht, lautet unsere Devise, ob dies dem Bundesgesundheitsministerium und dessen Lobbyistenschar passt oder nicht!

Mein offener Brief ist längst zur öffentlichen Diskussion geworden. Er ist, durch engagierte Bürgerpatienten, in der englischen Übersetzung auch in den USA gelandet. Liegt hier der Grund für ihre Formulierungen in Ihrer Antwort auf mein Schreiben? Musste deshalb das Unternehmen Kaiser Permanente so positiv hervorgehoben und die weiteren Kontakte von politischen Entscheidungsträgern zu Kaiser Permanente verschwiegen und heruntergespielt werden?

Wurde Ihr Antwortschreiben auf meinen offenen Brief ebenfalls übersetzt und in die USA gesendet?

Zur Klärung: Mein Motiv ist ein Gesundheitswesen, das den Erfordernissen der Patienten gerecht wird und die Menschenwürde und Bürgerpatientenrechte beachtet. Dazu gehört der TATSÄCHLICH freie niedergelassene Arzt!

Die von ihrem Haus ausgehenden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen und die „Gesundheitsreformen“ entwickeln massive negative Folgen, für den einzelnen Patienten und seinen, von ihm gewählten Arzt. Die Auswirkungen werden von Ihrem Haus nicht nur herunter geredet, sondern auch verschwiegen.

Durch gezielte Gesetzgebung werden Rahmenbedingungen geschaffen, die den systematischen Ausverkauf des Gesundheitswesens erst möglich machen.

Es wird forciert, den Menschen nur noch als Produkt in der Wertschöpfungskette innerhalb des Gesundheitswesens zu sehen.

Ihre Gesundheitspolitik ist auf die Interessen der Monopolisten in der Gesundheitsindustrie und deren Gewinnmaximierung ausgerichtet. In deren Kalkulation gibt es nur die zahlende Masse Patient und den Erfüllungsgehilfen Arzt!

Anerkannte Werte wie Freiheit, Vertrauen, Menschenwürde, Bürgerpatientenrechte und das Recht auf informelle Selbstbestimmung stören bei der Durchführung und werden ausgeblendet.

So gesehen trete ich zwar auch für ein Interesse ein, aber für ein allgemeines und dem Gemeinwesen nützendes, nämlich einer medizinischen Versorgung, bei der der Mensch und sein Arzt im Mittelpunkt stehen!

Im Übrigen weichen Sie in Ihrem Schreiben den von mir in meinem offenen Brief vom 8. Oktober 2008 aufgeworfenen Fragen und Bedenken zu der Entwicklung des Gesundheitswesens aus. Damit stehen diese nach wie vor uneingeschränkt und von Ihrer Seite ungeklärt im Raum.

- Es ist nicht beantwortet, ob die Absicht besteht, das US-amerikanische Unternehmen Kaiser Permanente auf dem deutschen Gesundheitsmarkt zu etablieren.
- Es ist nicht beantwortet, ob es in dieser Richtung bei den geführten Gesprächen (Frau Ministerin Schmidt in den USA; Kaiser Permanente am 11. Januar 2007 in Berlin; Delegationsreise des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages, im Mai 2008, zu Kaiser Permanente in die USA) Anbahnungen, einen mündlichen oder schriftlichen Vorvertrag, oder einen Vertrag mit dem Unternehmen Kaiser Permanente für dessen Etablierung auf dem deutschen „Gesundheitsmarkt“ gibt? Nach den Erfahrungen mit dem Unternehmen [Healthways](#) ist die Frage mehr als berechtigt. Immerhin fließt das Geld von DAK Patienten in ein Tochterunternehmen einer amerikanischen Gesellschaft, deren Ziel es ist Chronisch Kranke über ein Callcenter telefonisch zu betreuen. Dieses Unternehmen hat sich ohne Rückfragen bei den Beitragszahlern durch die Hilfe von Politik über einen Vertrag mit der DAK in Bayern und BW etabliert! Deshalb fragen wir nun gezielt nach dem Stand der Gespräche mit Kaiser Permanente. Informierte Bürgerpatienten wollen keine amerikanischen Verhältnisse im Gesundheitswesen.

- Es ist nicht beantwortet, ob das von Kaiser Permanente praktizierte Geschäftsmodell auch im deutschen Gesundheitswesen umgesetzt werden soll.
- Es ist auch nicht beantwortet, ob es seitens des Gesundheitsministeriums Strategien gibt, wie die verheerenden Auswirkungen der Gesundheitspolitik gestoppt werden können.
- Wie z. B. die Ausdünnung der niedergelassenen freien Ärzte.
- Wie den gezielten wirtschaftlichen Druck auf Ärzte, um über diesen Druck willfährige Erfüllungsgehilfen der Gesundheitsindustrie zu produzieren.

Es ist auch nichts gesagt zu folgenden Punkten:

- Fehlende Transparenz über die Zahlungen der Krankenkassen an die Kassenärztliche Vereinigungen und deren Verteilerschlüssel.
- Fehlende Transparenz über den Verbleib der Milliarden Beitragsgelder von Kassenpatienten.
- Fehlende Transparenz über den Verbleib der 2,7 Milliarden, die 2008 zwar im System, aber nicht bei den Ärzten ankamen. Sie Frau Ministerin Schmidt haben diese 2,7 Milliarden sogar als Geld für die Ärzte in den Medien deklariert. Sie rechtfertigten sogar damit die steigenden Kassenbeiträge.
- Bürokratie und Kontrollaufbau, Willkürmaßnahmen und Bestrafungsmechanismen, Desinformationen lanciert über Neusprech der Gesundheitsindustrie, gezielter Aufbau von Informations- und Datenstrukturen zum gläsernen Patienten.
- Einschränkungen in der Behandlung, bei Hilfs- und Heilmitteln.
- Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten durch Fehllenkung der (gigantischen) finanziellen Mittel im Gesundheitswesen sowie durch Monopolisierung der Leistungen großer Gesundheitskonzerne, um nur einige zu nennen.

Es bleibt insoweit ohne Einschränkung beim Inhalt meines offenen Briefes. Im Gegenteil, ich sehe zu meinem Entsetzen dessen Inhalt nachdrücklich bestätigt.

Im Einzelnen ist zu Ihrem Schreiben noch folgendes anzumerken:

Es bedarf keiner Verschwörungstheorien, vor allem verfolge ich keine.

Ihr Versuch mich über subtile Unterstellungen auszubremsen scheitert!

Die Fakten sprechen für sich. Und die sich daraus ergebenden Verdachtsmomente müssen Sie ausräumen, nicht ich!

Ihre epischen Ausführungen über Kaiser Permanente sind doch völlig uninteressant! Interessant ist, was in unserem Gesundheitswesen, mit diesem oder ähnlichen Unternehmen beabsichtigt ist oder nicht. Das wurde von Ihnen bewusst nicht beantwortet! Dazu sind Sie aber verpflichtet, denn Sie haben den Bürgern zu dienen und nicht wir Ihnen!

Inkompetent sind natürlich auch Ihre Ausführungen zur Frage der Kapitalgesellschaft und zur sogenannten „Non Profit Stiftung“ in Sachen Kaiser Permanente.

Auch das ist bezüglich der aufgeworfenen Fragen zwar nicht relevant, doch Sie erinnern sich an das von mir oben Gesagte: „Ihr Schreiben verfolgt nicht den Zweck mir zu antworten, sondern es ist für Dritte und zur Rechtfertigung gedacht.“

Ein kleiner Hinweis. Non Profit Organisationen sind in etwa mit unseren gemeinnützigen (nicht auf Gewinn ausgerichteten) Organisationen zu vergleichen. Die Frage der Rechtsform (z.B. Kapitalgesellschaft oder nicht) ist dabei nachrangig. D. h., selbstverständlich kann auch eine Kapitalgesellschaft gemeinnützig sein. Deutsches Beispiel: die gemeinnützige GmbH. Die mir vorliegenden Beweise zum Geschäftsgebaren von Kaiser Permanente zeigen auf alle Fälle eine sehr eigenartige Auslegung der Vorstellung von „Gemeinnützigkeit“! Ich gratuliere Ihnen jedenfalls Frau Schmidt, zu ihrer ungeheuren Leistung, bei nur einer Reise, in deren Rahmen sie zwei Einrichtungen von Kaiser Permanente besucht haben, sich ein ausreichendes Bild über die „hervorragende Qualität und Leistungsfähigkeit“ dieses Unternehmens zu machen. Das war aber nicht die Frage. Sondern es ging darum, ob die von mir erwähnten Gespräche oder Verhandlungen mit Kaiser Permanente, in Bezug auf den Einstieg in das deutsche Gesundheitswesen, für das Unternehmen erfolgreich waren!??

Es gab auf Grund meines Schreibens keinen Anlass mir mit Lobeshymnen auf Kaiser Permanente zu antworten. Es bleibt festzustellen, meine Bedenken sind nicht ansatzweise ausgeräumt, sondern bestätigt.

Frau Ministerin Ulla Schmidt Sie haben sich auch nicht dahin erklärt, dass in Deutschland US-amerikanische Verhältnisse im Gesundheitswesen vermieden werden sollen.

Wir wollen keinen Ausverkauf unseres Gesundheitswesens, darin sind wir uns bei **„patient-informiert-sich.de“** als informierte Bürgerpatienten im Schulterschluss mit den Ärzten unseres Vertrauens einig!

Frau Ministerin Schmidt, Herr Ministerialdirektor Tilly, Sie schreiben es gehe Ihnen um eine Auseinandersetzung in der Sache. Mir auch! Allerdings, eine tatsächliche Auseinandersetzung ist nur anhand aller Fakten möglich. Und die versuchen Sie zu verwischen. Auch deshalb ist „Einmischen“ eine Bürgerpflicht!

Durch politische Arroganz, Besitzstand wahren den Machterhalt um jeden Preis und den damit verbundenen ständigen Versuch, uns Bürger für dumm zu verkaufen, entsteht immer mehr Politikverdrossenheit. Diese wiederum birgt Gefahren für unsere Demokratie und den sozialen Frieden in sich. Auch diesbezüglich werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Solange unsere Republik ein freier Rechtsstaat ist, für den ich eintrete und aufstehe, werden sie Sie mich und unsere Bürgerinitiative aushalten müssen. Vergessen Sie nicht, Sie sind als Volksvertreterin auf Zeit gewählt – zudem sind Sie (noch) Ministerin und tragen damit für die von Ihnen verursachten Folgen im Gesundheitswesen die politische Verantwortung. Damit haben Sie diese Folgen uns gegenüber auch zu vertreten und Sie haben uns gegenüber Rede und Antwort zu stehen!

Mit freundlichen Grüßen

Renate Hartwig

Autorin/ Initiatorin patient-informiert-sich